

## **Sessionsforum Herbstsession, Schaffhauser Nachrichten vom 10.9.2020**

Martina Munz, Nationalrätin

Intro 170 Zeichen, Text 3'300 Zeichen (total 3'500)

### **Corona-Krise: Wendepunkt im Klimaschutz**

*Zurück im altehrwürdigen Bundeshaus! Mit Schutzmasken in Plexiglaskästen eingebuchtet ist das Coronavirus nicht nur physisch omnipräsent, es bestimmt auch die politische Agenda.*

Eines der Hauptgeschäfte dieser Session ist das Covid-19-Gesetz. Damit werden die Ermächtigungen des Bundesrates auf eine rechtlich solide Basis gestellt. Gegen die mehr oder weniger unbeschränkten Vollmachten des Bundesrates in vielen Bereichen gab es berechtigte staatspolitische Bedenken. Die Ermächtigungen werden nun auf Ende 2021 beschränkt. Zudem sollen Kantone, das Parlament und Sozialpartner bei Entscheiden einbezogen werden.

Das Covid-19-Gesetz umfasst ein Sammelsurium von Bestimmungen zur Gesundheitsversorgung, Erwerbsersatz, Arbeitslosenversicherung, Kultur sowie Asyl- und Ausländerrecht. Die Hilfspakete sind milliardenschwer, trotzdem fallen zu viele Menschen durch die Maschen. Dazu gehören Selbständige und Personen in arbeitgeberähnlicher Funktion, aber auch befristet Angestellte und Personen mit Arbeit auf Abruf. Für sie alle gibt es keine oder nur ungenügende Entschädigungen. Viele von ihnen arbeiten im Kultur- und Veranstaltungsbereich oder in der Reisebranche. Diese Branchen erholen sich nach dem Lockdown nur langsam und werden noch lange Zeit nicht voll ausgelastet sein. Anträge für umfassendere Unterstützung fanden leider kein Gehör. Für Personen in Tieflohnbereichen genügt die Kurzarbeitsentschädigungen von 80 Prozent langfristig nicht. Vielen Beschäftigten droht jetzt das Abrutschen in die Armut. Auf die Kantone kommen enorme Kosten zu, wenn es uns nicht gelingt, Lücken bei den Unterstützungsmassnahmen zu schliessen.

Erfreulicherweise hat der Kanton Schaffhausen zu Beginn der Corona-Krise ohne Umschweife ein Hilfspaket im Umfang von 50 Millionen Franken geschnürt. Bis jetzt ist dieses Geld noch weitgehend unangetastet. Aus diesem Fonds müssen jetzt unkompliziert die Härtefälle unterstützt werden, für die es kein Netz gibt: Menschen, die im Stundenlohn und auf Abruf arbeiten, Selbständige mit unregelmässigem Einkommen, kleine Gewerbe und notleidenden Familien. Der Ausstieg aus der Krise kann nur gemeinsam und solidarisch erfolgen.

Aus der Geschichte wissen wir, dass Krisen für die Gesellschaft ein Wendepunkt sein können. Sie lösen ein Umdenken aus und setzen neue Kräfte frei. Die Energiewende muss jetzt beschleunigt werden. Investitionen, welche rasch realisiert werden können, müssen vorgezogen werden: Förderung von Solarenergie, Sanierung von Gebäuden sowie Unterstützung von Unternehmen mit nachhaltigen Geschäftsmodellen. So kann sich die Wirtschaft, die in den nächsten Monaten schwach ausgelastet ist, auf die Zukunft vorbereiten. Sie wird dadurch krisenresistenter und bewahrt künftige Generationen vor Reparaturzahlungen. Es ist deshalb eine gute Botschaft, dass voraussichtlich in dieser Session das CO<sub>2</sub>-Gesetz fertig beraten wird. Aus dem Klimafonds können Investitionen in eine CO<sub>2</sub>-freie Technologie unterstützt werden und erstmals wird auch die Mobilität mit der Flugticketabgabe zur Kasse gebeten. Trotz einschneidender Massnahmen ist das CO<sub>2</sub>-Gesetz sozialverträglich ausgestaltet. Drei Viertel der Lenkungsabgaben auf Heizöl sowie die Hälfte der Flugticketabgabe werden der Bevölkerung rückerstattet. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein wichtiger Schritt für mehr Klimaschutz, im Wissen, dass es sich um einen Kompromiss handelt und das Gesetz noch nicht genügt, um die Klimaziele zu erreichen.